

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwin

Telefon: (02 28) 9 15 20-0  
Telex: 8 86 846 ppbn  
Telefax: (02 28) 9 15 20-12



## Inhalt

Günter Verheugen, Bundesgeschäftsführer der SPD, rechnet mit der Regierung Kohl ab: Eine solche Bundesregierung kann sich unser Land nicht leisten.

Seite 1

### Dokumentation

Wahlaufruf der SPD zur Europawahl am 12. Juni 1994 - vorgelegt der Bundesdelegiertenkonferenz zur Europawahl der SPD am 25. Januar in Bonn.

Seite 4

### Neue Adresse seit

1.1.1994

Schumannstr. 2b

53113 Bonn

Postfach 190167

53037 Bonn

49. Jahrgang / 15

21. Januar 1994

### Diese Regierung können wir uns nicht mehr leisten Die dringendsten Aufgaben einer sozialdemokratischen Bundesregierung ab Herbst 1994

Von Günther Verheugen  
Bundesgeschäftsführer der SPD

... ich komme zurück zu meiner These, daß ein politischer Machtwechsel in diesem Land notwendig ist. In der Frage einer vernünftigen, umwelt- und beschäftigungsorientierten Energiepolitik liegt das auf der Hand.

Es drängt sich angesichts der gesamten sozialen und wirtschaftlichen Lage auf. Ich möchte in diesem Zusammenhang einen namhaften europäischen Politiker zitieren, der angesichts eines Regierungswechsels gesagt hat: "Diese neue Regierung ist notwendig geworden, weil sich die alte, die bisherige Regierung als unfähig erwies, gemeinsam die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, das Netz sozialer Sicherheit zu gewährleisten und die zerrütteten Staatsfinanzen wieder in Ordnung zu bringen."

Ich kann diese Aussage nur unterstreichen. Sie stammt übrigens aus der Regierungserklärung von Helmut Kohl am 13. Oktober 1982. Kohl sagte damals auch: "Wir erleben zur Zeit eine Arbeitslosigkeit, die schlimmer ist als jene in den Jahren des Wiederaufbaus." Das stimmte 1982 zwar nicht, aber Helmut Kohl hat es ja auch mehr mit dem Mantel der Geschichte als mit dem der Mathematik. Aber heute stimmt es, nach über elf Jahren konservativ-liberaler Bundesregierung.

Wir stellen daher das Thema Arbeit in den Mittelpunkt unserer Politik. Investitionen in Arbeitsplätze müssen künftig absoluten Vorrang haben. Überall dort, wo Unternehmen investieren, wo sie neue Produkte und neue Produktionsverfahren ermöglichen, wo sie dadurch neue Arbeitsplätze schaffen, müssen die Investitionen steuerlich begünstigt werden. Dies gilt insbesondere dann, wenn sie einem umweltverträglichen Wachstum dienen.

Es fehlen zur Zeit für die Unternehmen auch überschaubare und kalkulierbare Rahmenbedingungen für langfristige Investitionen. Der Staat muß klarmachen, was für ihn erwünschte Wachstumsfelder sind, er muß eine überschaubare Genehmigungspraxis entwickeln, und steuerliche Fördermaßnahmen müssen langfristig angelegt sein.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217, 53113 Bonn  
Postfach 120408, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Herstellung: Umwandlung  
mit versappler Fotoflex  
Recycling-Papier



Umwelttechnologie, Informationstechnologie, Verkehrstechnologie sind Wachstumsbereiche, die für unsere exportorientierte Wirtschaft zu Schlüsselfeldern werden. Deutschland ist in den vergangenen Jahren in diesen Branchen schwächer geworden. Das liegt an verschiedenen Faktoren, unter anderem auch an der staatlichen Forschungsförderung. Sie muß zielgerichteter werden, und vor allem: Sie darf nicht das Sparschwein des Finanzministers sein. Kürzungen, wie sie die Bundesregierung vorgenommen hat, sind in einer auf die immer schnellere Entwicklung moderner Technologien ausgerichteten Weltwirtschaft genau der falsche Weg.

Die gezielte Förderung von Wachstumsbereichen ist die eine Seite. Sie wird aber zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht ausreichen, wenn auf der anderen Seite in traditionellen Industriebereichen wie Textil, Bergbau, Stahl oder Luftfahrt die Arbeitsplätze in sechsstelliger Größenordnung wegbrechen. Diesen Branchen muß daher geholfen werden. Das geht wirksam meiner Überzeugung nach nur auf europäischer Ebene. Wir können in Deutschland noch so viel unternehmen, um diese Branchen zu stützen: Wenn der Markt der Europäischen Union andererseits von Billigimporten überschwemmt wird, die unter miserabelsten Arbeits- und Sozialbedingungen, mit verheerenden Umweltschäden und veralteten Technologien hergestellt werden, dann gehen unsere Unternehmen reihenweise den Bach herunter. Dann schließen wir modernste, für Mensch und Umwelt verträgliche Betriebe, verlieren wirtschaftliche Kraft und können letztlich den Ländern auch nicht mehr auf die Beine helfen, aus denen die Billigimporte stammen.

Wir benötigen daher eine gemeinsame europäische Außenwirtschaftspolitik. Sie muß insbesondere den osteuropäischen Staaten helfen, ihre Wirtschaft zu modernisieren, sie unseren Umweltstandards anzupassen und vernünftige soziale Bedingungen zu schaffen. In einem Sog aus Sozial- und Umweltdumping werden wir alle untergehen. Wir dürfen es nicht zulassen, daß zum Beispiel bei der Steinkohlenförderung in manchen Gegenden dieser Erde Menschen auf das Brutalste ausgebeutet werden und dies dann dazu führt, daß modernste Anlagen in anderen Ländern nicht mehr rentabel sind.

Die Erschließung neuer, umweltverträglicher und arbeitsplatzschaffender Wachstumfelder auf der einen und effektive Hilfe für den Strukturwandel bedrohter Industriebereiche auf der anderen Seite können wir in einer gemeinsamen europäischen Anstrengung besser erreichen. Die sozialdemokratischen Parteien in Europa stimmen darin überein, daß wir eine gemeinsame europäische Initiative für Wachstum und Beschäftigung benötigen. Das Problem ist nur: Solange das größte Land der Europäischen Union zu den Beratungen in Brüssel einen Experten schickt, der sagt, Wirtschaft werde in der Wirtschaft gemacht, sehe ich schwarz für eine solche Initiative. Einen solchen Luftikus im Amt des Bundeswirtschaftsministers wird es unter einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung nicht geben. Klar ist doch: Fast alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union haben Probleme mit der Verschuldung ihrer öffentlichen Haushalte. In der Europäischen Union aber gibt es noch genügend Möglichkeiten, Gelder umzulenken in Richtung auf Wachstum und Beschäftigung, und es ist auch Spielraum für Kredite vorhanden. Auch unter diesem Gesichtspunkt bietet sich eine gemeinsame Initiative an.

Wachstum und Hilfen für bedrohte Industrien allein werden aber nicht ausreichen. In Deutschland fehlen zur Zeit etwa sechs Millionen Arbeitsplätze. Das bedeutet: Die Arbeit muß intelligenter organisiert und gerechter verteilt werden. Für den Bergbau wurde eine spezifische Lösung gefunden, und auch bei Volkswagen gibt es ein auf das Unternehmen zugeschnittenes Modell. Beiden ist gemeinsam, daß es konkret um die Verhinderung von Entlassungen geht. In anderen Bereichen kann Arbeitszeitverkürzung Arbeitsplätze nicht nur sichern, sondern auch schaffen. Das hat sich ja bereits in der Vergangenheit gezeigt. Ohne die in den vergangenen Jahren bereits erfolgte Verkürzung der Arbeitszeit würde die Arbeitslosigkeit heute noch weitaus höher sein. Ich bin davon überzeugt, daß es den Tarifvertragsparteien gelingen wird, mit einer beschäftigungsorientierten Tarifpolitik in den nächsten Jahren einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu leisten.

Der jüngste Tarifbeschluß für den Steinkohlenbergbau fordert den Beschäftigten Opfer ab. Sie nehmen dies in Kauf, weil sie wissen, daß auf diese Weise rund 10.000 Arbeitsplätze erhalten und alle Auszubildenden übernommen werden können. Sie reden nicht nur von Solidarität, sie praktizieren sie. Die Worte des Kanzlers vom "kollektiven Freizeitpark" müssen denjenigen wie der reine Hohn vorkommen, die schwerste Arbeit verrichten und jetzt durch Einkommensverzicht dafür sorgen, daß niemand seine Arbeit verliert.

Intelligentere Organisation der Arbeit heißt auch, daß der einzelne Beschäftigte kürzer arbeitet, die Maschinen aber länger genutzt werden können. Dies läßt sich natürlich nicht verallgemeinern. Aber meiner festen Überzeugung nach liegt es in erster Linie an den Arbeitgebern selbst, die vermeintlich zu kurze Maschinenlaufzeiten beklagen, dies zu ändern. Die Tarifverträge geben das jedenfalls in den meisten Fällen her, es ist eben eine Frage der Organisation. Wenn es trotzdem nicht gemacht wird, hat das mit der mangelnden Kapazitätsauslastung und fehlender Nachfrage zu tun. Wo längere Maschinenlaufzeiten, immer im Rahmen der tariflichen Gegebenheiten, zur Verbilligung des Kapitaleinsatzes, preiswerteren Produkten und besseren Absatzmöglichkeiten führen, ist es die Aufgabe des Managements, dies anzugehen. Es gibt genügend Beispiele dafür, wie eine bessere Organisation der Arbeit zusammen mit den Gewerkschaften zu machen ist.

Wir stehen vor der Aufgabe, rund vier Millionen aus dem Arbeitsleben ausgegrenzten Menschen wieder eine Beschäftigungsperspektive geben zu müssen. Ich bin davon überzeugt, daß die Mittel der Arbeitsförderung dazu ausgebaut und nicht eingeschränkt werden müssen, wie es die Bundesregierung zur Zeit macht. Das bedeutet: Beschäftigung muß für einige Jahre massiv öffentlich gefördert werden. Das gilt nicht nur für die neuen Bundesländer, sondern auch für die Regionen in Westdeutschland, die von Strukturkrisen besonders hart betroffen sind. Durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, durch Aus- und Weiterbildung, durch Lohnkostenzuschüsse für die Einstellung von Langzeitarbeitslosen muß eine Brücke zum regulären Arbeitsmarkt gebaut werden. Die Bundesregierung betreibt das Gegenteil. Durch das Zusammenstreichen von Mitteln für aktive Arbeitsmarktpolitik können 1994 statt 540.000 nur 450.000 Arbeitnehmer an einer Maßnahme zur beruflichen Qualifizierung teilnehmen, an Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung statt 350.000 nur knapp 260.000. Das sind in Zeiten von Massenentlassungen durch eine falsche Regierungspolitik noch einmal 180.000 Arbeitslose mehr.

Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wird im Herbst dieses Jahres ein schweres Erbe antreten. Dazu gehören Rekord-Arbeitslosigkeit, Rekord-Verschuldung des Bundes und eine tiefe wirtschaftliche Krise. Hinzu kommt die Hinterlassenschaft einer Politik der sozialen Demontage. Ich nenne als Stichworte nur die jüngsten Kürzungsmaßnahmen bei Lohnersatzleistungen. Wir werden es nicht in kurzer Zeit schaffen können, die so entstandene soziale Schieflage zu beseitigen. Einige Maßnahmen wie die geplante Kürzung des Schlechtwettergeldes müssen sofort einkassiert werden. Anderes müssen wir danach angehen. Eine wichtige Aufgabe wird es dabei sein, neben den Rücknahme sozial ungerechter und menschlich unverantwortbarer Kürzungen eine Reihe notwendiger Reformen anzupacken. Wenn ich hier nur die soziale Grundsicherung im Alter, bei Invalidität und bei Arbeitslosigkeit, die eigenständige Alterssicherung der Frau, die Reform des Hinterbliebenenrechts und die Reform der Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrenten nenne, wird schon klar, was für eine Aufgabe uns erwartet. Wir dürfen die Erwartungen nicht zu hoch schrauben. Wenn es uns in einer Legislaturperiode gelingt, das System der sozialen Sicherung wieder in einen akzeptablen Zustand zu bringen, die Staatsverschuldung einzugrenzen und die erwähnten Reformen auf den Weg zu bringen, haben wir schon sehr viel erreicht. Ich bin mir auch ziemlich sicher, daß es einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung vorbehalten sein wird, für die Absicherung des Pflagerisikos eine vernünftige Lösung zu finden. Dies dürfte auch zu den Maßnahmen gehören, die sofort umgesetzt werden müssen.

Ich habe eine Reihe ernster Probleme erwähnt, die gelöst werden müssen, wollen wir unsere Demokratie erhalten. Denn eins steht fest: Die weitaus größte Gefahr droht ihr von innen. Die amtierende Bundesregierung ist zur Lösung dieser Probleme nicht in der Lage. Sie hat keine

Kraft, keine Konzepte und offenbar auch nicht den ernsthaften Willen dazu. Eine solche Bundesregierung kann sich unser Land nicht leisten. Sie gefährdet den sozialen Frieden und materiellen Wohlstand. Sie bereitet damit den Boden für extremistische, antidemokratische Kräfte...  
(-/21. Januar 1994/hgs/ks)

Auszug aus einer Rede anläßlich des Neujahrsempfangs der IG Bergbau und Energie am 21. Januar 1994 in Kamen.

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **Es geht um eine neue Mehrheit für eine neue Politik in Europa**

Die SPD hat einen Aufruf zur Europawahl am 12. Juni dieses Jahres erarbeitet, der bei der Bundesdelegiertenkonferenz der SPD am 25. Januar in Bonn beschlossen werden soll. Wortlaut:

Zum ersten Mal wird das Ergebnis der Europawahl unmittelbaren Einfluß auf die Politik der Europäischen Union haben. Das Europäische Parlament ist stärker geworden. Nach dem Vertrag von Maastricht entscheidet es künftig mit: bei der europäischen Gesetzgebung, bei der Einsetzung der europäischen Kommission.

Am 12. Juni geht es um eine neue Mehrheit für eine Politik in Europa.

- die neue Arbeit schafft, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit auf sozialer Gerechtigkeit aufbaut und in der Konkurrenz mit anderen Wirtschaftszentren das europäische Modell der sozialen Demokratie und des Sozialstaates sichert;
- die der grenzenlosen Zerstörung der Umwelt eine grenzenüberwindende Politik für die Erhaltung der Lebensgrundlagen auf unserem Kontinent entgegensetzt;
- die die Sicherheit vor Verbrechen durch europäische Zusammenarbeit erhöht;
- die den Frieden in Europa durch die Zusammenarbeit der Völker bewahrt und dem neuen Nationalismus und Rassismus wehrt.

Wir verstehen uns als Anwalt deutscher Interessen in Europa: Für aktive Beschäftigungspolitik, für hohe Umwelt- und Verbraucherstandards, für Sicherheit nach innen und außen. Wir wollen sie mit der Sozialdemokratischen Partei Europas und in Partnerschaft mit den europäischen Nachbarländern verwirklichen.

Deutschland braucht die Europäische Union - wie die Europäische Union Deutschland braucht. Keine Nation kann die großen Herausforderungen unserer Zeit allein bewältigen, die Massenarbeitslosigkeit beseitigen, die Umwelt schützen, den Frieden sichern. Kein anderes Land hat so viele Nachbarn wie Deutschland. Wie kein anderes ist unser Land, in der Mitte Europas, betroffen von dem, was die Nachbarn tun, und kein anderes Land hat so viel Einfluß auf das, was bei ihnen geschieht.

Die Deutschen haben aus historischen Gründen die größte Verantwortung gegenüber Europa. In der Europäischen Gemeinschaft hat unser Land Demokratie und Wohlstand aufgebaut und gesichert. In nationaler Isolierung kann es alles verlieren. Nur gemeinsam mit anderen ist es stark genug, um die Zukunft zu gewinnen.

Wer Deutschland aus seinen engen europäischen Bindungen lösen will, schadet den Interessen der Menschen in unserem Land, verhindert zukunftsorientierte Lösungen und setzt eine Spirale des schädlichen und gefährlichen Gegeneinanders in Europa in Gang. Wir stehen deshalb entschlossen gegen eine national-konservative Wende in der Europapolitik wie sie von der CSU und Teilen der CDU propagiert wird.

Das Ziel der europäischen Integration darf nicht in Frage gestellt werden. Aber die Ängste der Menschen vor Zentralismus, Bürokratie und Fremdbestimmung nehmen wir ernst und greifen wir auf.

Die Europäische Union braucht Reformen. Wir wollen eine bürgernahe Europapolitik verwirklichen, die auf öffentliche Diskussion und die aktive Beteiligung von Bürgern und Bürgerinnen an europäischen Entscheidungen und die Stärkung der Rolle der Regionen setzt.

Die Europäische Union ist kein Superstaat. Sie darf es auch nicht werden. Sie vereint eine Vielzahl von Staaten und Regionen, Völkern und Kulturen und Traditionen zu gemeinsamer Anstrengung bei der Lösung gemeinsamer Probleme. Sie wird sie nicht auslöschen. Und sie darf sie auch nicht durch zentralistische Bürokratie gängeln: So viel Gestaltungsfreiheit für die Nationen, Regionen und Kommunen Europas wie möglich - so viel europäische Zusammenarbeit wie nötig. Wir wollen eine Europäische Union, in der weniger Gesetze gemacht werden und weniger Bürokratie herrscht. Aber wir wollen dies nicht zu Lasten des Schutzes von Umwelt, von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen und Verbrauchern.

Die Europäische Union muß mehr sein als nur ein großer Markt. Wir wollen sie zu einer wirklichen Gemeinschaft machen, die den großen europäischen Traditionen der parlamentarischen Demokratie, der Menschenrechte und des Sozialstaates verpflichtet ist. Und in der die kulturelle Vielfalt Europas bewahrt und gestärkt wird. Die Zusammenarbeit der Völker in Europa muß gefestigt werden, die Demokratie und das Europäische Parlament müssen weiter gestärkt werden. Wir werden Europa nicht zurückfallen lassen in den Wahn des Nationalismus. Die Europäische Union ist ein Beispiel für die Sicherung des Friedens durch Zusammenarbeit, durch wirtschaftliche und politische Verflechtung. Sie ist ein Beispiel für gelungene Friedenspolitik. Wir wollen sie bewahren, ausbauen und in die internationalen Beziehungen entschiedener einbringen. Wir halten fest an dem großen Ziel einer immer enger werdenden Union der Völker Europas.

#### **Die Wirtschaft modernisieren, neue Arbeit schaffen, soziale Gerechtigkeit und den Sozialstaat sichern**

Nur eine Europäische Union, die die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft stärkt und die Massenarbeitslosigkeit bekämpft, wird das Vertrauen der Menschen erringen. Die Bundesregierung hat verhindert, daß die Europäische Union eine wirksame Aktion zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit unternimmt. Sie versucht stattdessen, ihr verfehtes wirtschaftspolitisches Konzept auf die Europäische Union zu übertragen. Wir wollen einen europäischen Beschäftigungspakt verwirklichen. Seine Elemente sind: Gerechtere Verteilung der Arbeit beziehungsweise Verkürzung der Arbeitszeit, Qualifizierung und Weiterbildung für neue Formen der Produktion, eine marktwirtschaftliche Industriepolitik, die den ökologischen Umbau der Wirtschaft vorantreibt und damit ihre Exportfähigkeit verbessert.

Der Europäische Binnenmarkt ist eine große Chance insbesondere für den Export aus der Bundesrepublik Deutschland. Der Binnenmarkt muß durch die Währungsunion gefestigt werden. Wir wollen verhindern, daß der Binnenmarkt zum Sozialabbau mißbraucht wird. Wir werden verhindern, daß die Währungsunion die Deutsche Mark schwächt. Eine Aufweichung der

im Vertrag von Maastricht festgelegten Bedingungen für eine stabile gemeinsame Währung wird es mit uns nicht geben. Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat werden zum gegebenen Zeitpunkt über die Währungsunion erneut entscheiden.

Westeuropa hat in der Vergangenheit wirtschaftlichen und technologischen Fortschritt auf eine Weise mit sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit verbunden, die in der Welt einzigartig ist. Darauf beruht unsere Leistungsfähigkeit. Angesichts neuer Herausforderungen wollen wir sie gemeinsam mit unseren Freunden in der Sozialdemokratischen Partei Europas neu gestalten und damit sichern. Wir werden die Interessen der Beschäftigten in Branchen, die sich in der Umstrukturierung befinden, besser und entschlossener in die Beratungen der Europäischen Union einbringen. Wir wollen Programme zur Konversion der Rüstungsindustrie fördern und setzen uns für restriktive europäische Rüstungsexportkontrollen ein. Wir lehnen eine Aufweichung der geltenden deutschen Regelungen für Rüstungsexporte ab. Die Lockerung wäre der falsche Weg. Er sichert langfristig nicht Arbeit, sondern schafft unsichere und gefährdete Branchen.

Wir wollen die Mitwirkung der Menschen in der Wirtschaft ausbauen und die Mitbestimmung der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften europaweit sichern. Wir wollen verhindern, daß die Rechte und Sicherheiten der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen durch Sozialdumping ausgehöhlt werden. Wir wollen europäische Betriebsräte verwirklichen, Tarifautonomie, Streikrecht, Sicherheitsauflagen am Arbeitsplatz europaweit sichern. Wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt sind unteilbar. Die Sozialunion bleibt ein zentrales Ziel unserer europäischen Politik.

Die Wirtschaftskrise trifft die Frauen besonders hart. Bisher schon - auch mit Hilfe der EG - Erreichtes ist bedroht. Deshalb ist es besonders wichtig, alle Möglichkeiten, auch die der EU-Gesetzgebung zur Verwirklichung einer frauenfreundlichen Gesellschaft und zur Gleichstellung von Frau und Mann sowie zur Frauenförderung zu nutzen. Dies gilt vor allem für die Schaffung gleicher Chancen auf dem Arbeitsmarkt und gleicher Chancen, Beruf und Familie miteinander zu verbinden. Fast 40 Prozent aller SPD-Europaabgeordneten werden Frauen sein. Dies ist die beste Garantie dafür, daß Fraueninteressen nicht untergeordnet werden.

Die neuen deutschen Bundesländer gehören noch zu den ärmsten Regionen in der Europäischen Union. Die Europäische Union muß sich an ihrem wirtschaftlichen Aufbau beteiligen wie in anderen Teilen Europas auch. Wir wollen, daß diese Hilfe in europäischer Solidarität solange fortgesetzt wird, bis dieser Rückstand aufgeholt ist.

**Der grenzenlosen Zerstörung der Umwelt eine grenzüberwindende Politik für die Erhaltung der Lebensgrundlagen entgegensetzen**

Die Staaten Europas haben ihre Grenzen geöffnet. Gegen die Zerstörung der Umwelt haben sie schon vorher nicht geschützt, aber sie haben gemeinsamen Umweltschutz behindert. Eine Europäische Union, die nur ein großer Markt ist, reicht uns nicht. Wir wollen sie auch als Umweltunion, die durch gemeinsame Anstrengung die Luft säubert, die Flüsse und Meere schützt, den Abfall verringert, die Lebensmittel gesund hält und kontrolliert und die Industrieproduktion ökologisch umgestaltet und damit zukunftsfähig macht. Dabei muß sie ihre Standards ständig erhöhen und Umweltdumping verhindern. Europäische Umweltpolitik ist keine Entschuldigung für nationales Nichtstun. Der Vertrag von Maastricht läßt es zu, daß bessere nationale Umweltregeln beibehalten werden können. Wir werden ihn voll ausschöpfen.

Gemeinsam mit unseren Schwesternparteien in der Sozialdemokratischen Partei Europas wollen wir eine europäische Energiesteuer, die das Energiesparen fördert. Dafür muß die Belastung der Wirtschaft und der Bürger und Bürgerinnen durch direkte Steuern verringert werden.

Wir wollen die begonnene Reform der europäischen Agrarpolitik energisch fortsetzen. Die Bauern dürfen nicht länger gezwungen sein, mit immer mehr Chemie immer mehr unverkäufliche Überschüsse zu erzeugen. Damit stören wir die Beziehungen zu unseren Handelspartnern und zerstören die Landwirtschaft in der "Dritten Welt". Finanzielle Hilfen bleiben auch bei uns notwendig. Mit ihnen muß vor allem ökologisch verantwortliche Landwirtschaft gefördert werden.

#### Kampf dem international organisierten Verbrechen in Europas

Offene Grenzen in der Europäischen Union sollen den Bürgern und Bürgerinnen nutzen.

Wir brauchen eine europaweit abgestimmte Politik zur Bekämpfung des Verbrechens in der Europäischen Union, gerade auch der organisierten Kriminalität, rechtsextremistischer Gewalttaten und ihrer terroristischen Aktionen. Zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität gehören auch effektivere Verfahren zur Verminderung der Geldwäsche. Wir setzen uns für den zügigen Aufbau einer europäischen Polizei zur Bekämpfung von grenzüberschreitender organisierter Kriminalität ein.

Die europäischen Innenminister müssen einen Schwerpunkt bei der Bekämpfung rechtsextremer Gewalttäter und ihrer grenzüberschreitenden terroristischen Aktivitäten setzen.

#### Europäische Zusammenarbeit als Beispiel für aktive Friedenspolitik

Im Osten des Kontinents haben sich die Europäer von der kommunistischen Diktatur befreit. Aber Krieg und Verfolgung, Haß und Verzweiflung sind damit nicht gebannt. Wo neue Unsicherheiten und Gefahren das friedliche Zusammenleben der Völker bedrohen, muß die Europäische Union als Hort des Friedens der Stabilität und Demokratie gefestigt, vertieft und erweitert werden. Nach der Überwindung von Mauer und Stacheldraht sehnen sich Konservative und Reaktionäre in das Vorkriegseuropa zurück. Sie halten die Europäische Union neuerdings für überflüssig. Wir halten sie für noch wichtiger und bedeutsamer als zuvor. Die Antwort auf einen wachsenden Nationalismus in Europa ist nicht die Schwächung oder Auflösung der Europäischen Union sondern ihre Stärkung.

Wir wollen die Europäische Union öffnen für die Zusammenarbeit mit den Völkern Europas, die zu ihr gehören wollen. Wir wollen durch ein Netzwerk von Verträgen zwischen der Union und allen europäischen Staaten eine Ordnung der Zusammenarbeit und des Friedens für ganz Europa schaffen. Eine enge Partnerschaft muß die Europäische Union mit Rußland verhindern.

Die Europäer werden ihr Gewicht in der Welt nur behalten, wenn sie mit einer Stimme sprechen, wenn sie regionale Kooperationen in der Welt unterstützen und eine partnerschaftliche Politik in die internationalen Beziehungen einbringen. Die Europäische Union wird ihren Beitrag zum Frieden in Europa nur leisten, wenn sie eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik verwirklicht. Wer die Ohnmacht der Europäischen Union angesichts des Krieges und der Schrecken auf dem Balkan beklagt, darf sie nicht schwächen, sondern muß sie stärken. Wir halten alle Versuche, die Europäische Union über den Aufbau militärischer Doppelstrukturen zur NATO voranzutreiben für falsch und gefährlich.

Die Europäische Union muß ihrer Verantwortung für die Bekämpfung von Hunger und Armut, für die Entwicklung von Demokratie und Menschenrechten sowie für eine globale Umweltpolitik in ihrer gemeinsamen Außen- und Entwicklungspolitik gerecht werden. Wir setzen uns dafür ein, daß auf europäischer Ebene die Begrenzung der Zuwanderung aus wirtschaftlichen Gründen geregelt wird und gleichzeitig die Ursachen für die Migrationsbewegungen bekämpft werden. Wir streben in der Europäischen Union gemeinsame Asylregeln an.

**Mit der Europawahl Weichen für die Zukunft stellen**

Am 12. Juni können die Bürgerinnen und Bürger in den neuen Bundesländern zum ersten Mal Abgeordnete in das Europäische Parlament wählen. Sie nehmen damit Einfluß auf die Politik einer Staatengemeinschaft, die dem westlichen Teil unseres Volkes Frieden und Demokratie, Stabilität und Fortschritt, Wohlstand und Ansehen gebracht und gesichert hat und der sie 40 Jahre lang nicht angehören durften. Sie sind sich der historischen Chance bewußt, Männer und Frauen aus ihren Reihen in ein Europäisches Parlament zu wählen, das ganz besonders für friedenserhaltende Zusammenarbeit steht.

Zum ersten Mal können bei einer Europawahl auch die Bürgerinnen und Bürger aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union in Deutschland ihre Stimme abgeben. Wir Sozialdemokraten bitten Sie, machen Sie von Ihrem Wahlrecht als Bürgerrecht der Europäischen Union Gebrauch und geben Sie in Deutschland Ihre Stimme der SPD, der Partei Willy Brandts und Helmut Schmidts, der deutschen Partei mit der längsten Tradition des Internationalismus und der Einigung Europas.

In ganz Deutschland stellen bei der Europawahl die Wählerinnen und Wähler Weichen: Nicht nur für die künftige Politik der Europäischen Union sondern auch für die Zukunft Deutschlands. Sie entscheiden, ob Wirtschaft und Gesellschaft auf unserem Kontinent sich vor den neuen Herausforderungen behaupten, Arbeit schaffen und soziale Gerechtigkeit sichern können oder ob sie zerrieben werden zwischen dem Konkurrenzdruck neuer Wirtschaftsblöcke in der Welt und dem kleinstaatlichen Gegeneinander in Europa. Sie entscheiden, ob wir die Europäische Union zu einer Umwelt- und Sozialunion ausbauen, oder ob wir sie als bloße Handelsunion den Kräften des Marktes allein überlassen. Sie entscheiden, ob die bewährte Zusammenarbeit der Völker in der Europäischen Union gefestigt, vertieft und erweitert wird, oder ob das ganze Europa zurückfällt in das gefährliche Chaos aus nationalstaatlichem Gegeneinander, Mißtrauen und Angst.

Gegner der Europäischen Union behaupten, auch sie wollten ein einiges Europa schaffen. Das müsse aber ein ganz anderes sein, als die real existierende Europäische Union, deren Parlament jetzt gewählt wird. Lassen Sie sich nicht täuschen: Wir müssen die gewachsene europäische Einigung verbessern und reformieren - aber wir können sie nicht auflösen, um eine angeblich neue zu schaffen. Auflösung würde zu neuer Gewalt führen.

Es geht nicht um ein anderes Europa - es geht um eine bessere Politik für Deutschland und Europa.

Wer, wie die Kohl-Koalition das eigene Haus nicht in Ordnung bringen kann, wird erst recht an der größeren europäischen Ordnung scheitern. Wer die Interessen der Menschen in Deutschland nicht kennt oder sie mißachtet, kann sie in Europa auch nicht vertreten. Mit Ihrer Stimme für die SPD sagen Sie Ja zu einem starken, gerechten, ökologisch gestalteten und friedlichen Deutschland in Europa. Für ein europäisches Deutschland. Für ein Europa des Friedens und der Demokratie, der Arbeit, der ökologischen Sicherheit und der Gerechtigkeit.

(-/21. Januar 1994/rs/ks)

\*\*\*\*\*